

Von intakten Schulen bis zum neuen Hallenbad

Mit welchen Programmen die Parteien in Rösrath die Bürgerinnen und Bürger überzeugen wollen

VON THOMAS RAUSCH

Rösrath. Acht Parteien und Wählervereinigungen treten in Rösrath zur Kommunalwahl an. Ihre Programme werden in der Reihenfolge ihres Abschneidens bei der Kommunalwahl 2020 aufgeführt. Sie setzen unterschiedliche Schwerpunkte.

► **CDU:** In Sachen Bildung setzt die CDU auf den Neubau von Gemeinschaftsgrundschule und Katholischer Grundschule Rösrath (für insgesamt sieben Züge), vierzügigen Neubau der Grundschule Hoffnungsthal und Erweiterung der Forsbacher Grundschule auf drei Züge. Weitere Investitionen am Freiherr-vom-Stein-Schulzentrum. Kita-Angebote sollen ausgebaut, der offene Ganztags „verlässlich“ sichergestellt werden. „Sozial ausgewogene“ Kita-Beiträge sollen „schwächere und mittlere Einkommen entlasten“.

Die Stadtverwaltung soll bürgernah, das Rathaus geöffnet und der Bürgermeister „persönlich erreichbar“ sein. Saubere, gepflegte Orte und damit Aufwertung des Stadtbilds. Nachverdichtungen will die CDU „kritisch hinterfragen“, weil die Infrastruktur „schon am Limit“ sei. Sie fordert Einhaltung der Flugrouten, eine Kernruhezeit von 0 bis 6 Uhr für Passagierflüge und will leisere Frachtflugzeuge fördern.

Umsetzung des „Mehrgenerationenparks“ samt Skateranlage am Schloss Eulenbroich, Sicherung des Schüler-Deutschlandtickets.

Beim Verkehr will die CDU „sichere, durchdachte“ Radwege, besseren Busverkehr und Ausbau von Park & Ride. „Flächendeckendes“ Tempo 30 auf den Hauptdurchgangsstraßen lehnt sie ab. Sie fordert ver-

nachhaltiges Bauen fördern. „Rösrath-Pass“ für Menschen mit geringem Einkommen. Verstärkter Einsatz für Barrierefreiheit, Inklusion und Integration von Zugewanderten. Kitas sollen für Familien mit geringem Einkommen kostenfrei sein. Die Gesamtschule soll fünfzügig und mit Aula ausgebaut werden.

Bürgernähere Verwaltung durch Digitalisierung. Förderung von Betrieben, „die zu Rösrath passen“: Handwerk, soziale Unternehmen und Dienstleister. Beim Haushalt „maximale Wirkung“ für jeden Euro. Ausbau und Erhaltung von ärztlicher Versorgung, Angeboten zur Pflege und Gesundheitsförderung.

► **SPD:** „Politik für alle Generationen“ schreibt sich die SPD auf die Fahnen: Sie will Spielplätze und Freizeitflächen in allen Ortsteilen, stimmberechtigte Mitsprache von Seniorinnen und Senioren im Sozialausschuss, einen Skatepark und ein Jugendparlament mit eigenem Budget und Anbindung an Politik und Verwaltung. Sporthallen-Modernisierung, bedarfsgerechter Ausbau des Kita-Angebots. Weiterentwickeltes Kursangebot der Volkshochschule.

Die SPD fordert „nachhaltige Stadtentwicklung“ mit Schwerpunkt auf öffentlich gefördertem Wohnungsbau – neue Bauflächen sollen ausschließlich dafür zur Verfügung stehen. Statt „unkontrollierter“ Nachverdichtung sollen „kluge, soziale Bauprojekte“ realisiert werden, die das Stadtbild „respektieren“. Hochwasserschutz soll Teil der Bauplanung sein. Die SPD will Gewerbeflächen schaffen und erhalten – insbesondere für Handwerk und produzierendes Gewerbe. Die Gewerbesteuer soll nicht steigen.

Beim Verkehr will die SPD Tempo 30 dort, wo es zu „Verkehrsberuhigung und mehr Sicherheit beiträgt“. Lückenloses Rad- und Gehwegenetz. „Springerbusse“ oder „digitale Sammeltaxis“ bei Zugausfällen oder in Randzeiten. „Verbindliche“ Konzepte zur Schulweg-Sicherheit.

Verbessertes Angebot der Stadtverwaltung für Beschäftigte sowie Bürgerinnen und Bürger durch Digitalisierung. Digitale Chancen will die SPD auch bei der Stadtentwicklung nutzen, etwa durch automatisches Dimmen der Straßenbeleuchtung. Digitalisierung soll auch die Wirtschaft stärken, etwa durch Co-Working-Spaces und ein „Innovationszentrum“ für Start-ups.

► **Fors-Park:** Nach der „Kraftanstrengung“ für die Modernisierung des Freiherr-vom-Stein-Schulzentrums sollen Grundschulen, Kitas und offener Ganztags „im Fokus“ stehen. Bei den anstehenden Bauvorhaben sollen weitere Plätze „mitgedacht“ werden, damit es keine Unterversorgung mehr gibt. Um neue Baugebiete soll es bis 2030 nicht gehen, die Infrastruktur gebe „einen weiteren Zuzug derzeit nicht her“. Es soll aber öffentlich geförderter Wohnraum entstehen – durch Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft in städtischer Trägerschaft. Gestaltung aller Bauprojekte „mit Augenmaß“.

Das Gewerbegebiet in Rambrücken soll die Stadt selbst entwickeln und dazu das Grundstück erwerben. Weitere Gewerbeflächen auf dem ehemaligen Kerp-Gelände in Hoffnungsthal. Wirtschaftsförderung und Gewerbeansiedlung als „Chefsache“ des Bürgermeisters. Der Gewerbesteuersatz soll „keinesfalls“ steigen. Grundsteuererhöhungen sollen das „letzte Mittel“ zur Haushalts-Konsolidierung sein. „Oberste Priorität“ für energetische Sanierung städtischer Gebäude. Beim Hochwasserschutz sollen im Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern deren Ideen umgesetzt werden.

Verkehr: Kein „flächendeckendes Tempo 30“, aber geringeres Tempo an „Gefahrenschwerpunkten“. Weitere Ladestationen für E-Autos. Wenn sich Tempo-30-Zonen „rechtssicher“ umsetzen lassen, soll es dazu einen Bürgerentscheid geben. Radwege als „Ausweich- oder Umgehungsstraßen“. Die Feuerwache Hoffnungsthal soll einen zent-



Unterschiedliche Schwerpunkte setzen die Parteien für die Entwicklung von Rösrath.

Foto: Guido Wagner



stärkte Drogenprävention sowie die Bekämpfung von Vandalismus und wildem Müll. Die Pläne zur Feuerwache in Hoffnungsthal sollen „endlich“ umgesetzt werden. Vorbeugung gegen Gefahren durch Extremwetter, vor allem Hochwasser.

Beim Haushalt will die CDU „Einsparungen bei überhöhten Verwaltungskosten“, mehr Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen und neue Finanzierungsmöglichkeiten wie Public-Private Partnerships. Eine höhere Grundsteuer schließt sie nicht aus, wenn es „keine anderen verantwortbaren Wege“ für ein „zukunftsfähiges“ Rösrath gibt.

Die CDU will eine „wirtschaftsfreundliche“ Stadt, Gewerbeflächen entwickeln und den Gewerbesteuerhebesatz „attraktiv gestalten“.

► **Die Grünen:** Bürgerbeteiligung ausbauen wollen die Grünen: Ein Arbeitskreis Nachhaltigkeit soll regelmäßig tagen. Mitsprache auch durch Bürgerdialoge und offene Foren. Für ein klimafreundliches Rösrath soll private Solarenergie-Nutzung durch Beratung und Förderprogramme ausgebaut werden. Kommunale Energieberatung, Nahwärmeprojekte und langfristige Maßnahmen zum Hochwasserschutz.

Sicherheit im Verkehr durch zusätzliche Querungshilfen auf Straßen, Schulstraßen und ausgeweitete Tempo-30-Zonen. Ausbau von Radwegen und sicherere Schulwege, dichtere Takte für Busse und Bahnen. Zum Lärmschutz soll es, wenn nötig, Tempo 30 auf Durchgangsstraßen und ein Nachtflugverbot geben. Sicherheitsdialog zwischen Polizei, Ordnungsamt sowie Bürgerinnen und Bürgern. Auch eine gut ausgestattete Feuerwehr soll für Sicherheit sorgen.

Um „ein Rösrath für alle Generationen“ zu schaffen, soll es 30 Prozent Sozialwohnungen bei Neubauten ab zwölf Wohnungen geben und Wohnraum durch Nachverdichtung. Die Stadt soll klimagerechtes und

raleren Standort erhalten – auf dem neu gekauften Grundstück an der Bergischen Landstraße. Dezentral im Stadtgebiet verteilte Gruppenunterkünfte für Flüchtlinge.

Skatepark und Aufenthaltsflächen für Jugendliche. Beim geplanten Seniorenheim in Forsbach sollen Bürgerinnen und Bürger in die Planung eingebunden werden. In der Stadtverwaltung soll es „Besuchertage“ geben, bei denen sie ohne Termin erreichbar ist. Veränderung der Geschäftsordnung des Stadtrats, damit Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen können.

► **FDP:** Eine „Politik der Eigenverantwortung, der nachhaltigen Finanzen und der Chancen“ will die FDP. Für Jugendliche will sie eine „Stärkung“ des Juze und eine Wiederbelebung des Jugendparlaments. Sie unterstützt den geplanten zentralen Spielplatz am Schloss Eulenbroich, will einen Skatepark und einen Treffpunkt für Jugendliche. Beratungsangebote für Seniorinnen und Senioren sollen ausgebaut werden.

Beim Stadt-Haushalt setzt die FDP auf „Ausgabendisziplin, Transparenz und eine leistungsfähige Verwaltung“. Ein „Haushaltsgremium“ aus Fachleuten sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern soll Sparpotenziale aufzeigen und „Kontrollinstanz“ sein. „Personalpolitik mit Augenmaß“, Einstellungsstopp in der Verwaltung (mit Ausnahme notwendiger Nachbesetzungen) und mehr Effizienz durch Digitalisierung. Ein „Digitalrat“ soll die Stadt unterstützen. „Faire und sozial ausgewogene Beiträge“ für Kitas, „maßvolle Anpassung“ der

Grundsteuer-Hebesätze. Keine Anhebung der Gewerbesteuer. „Aktive“ Wirtschaftsförderung, Nutzung bestehender und weiterer Gewerbeflächen.

Soziale Integration durch Quartiersmanagement will die FDP auf Dauer, zudem eine städtisch getragene Geflüchtetenhilfe, die Ehrenamtliche einbindet. Kulturelle Initiativen sollen gefördert werden. Die Ehrenamtskoordination soll personell „gestärkt“ werden. Neben dem Feuerwehr-Arbeitskreis soll es künftig einen „Arbeitskreis Katastrophenschutz“ geben, der Bedarfe und Potenziale bespricht.

Beim Verkehr will die FDP keinen „Kulturkampf“ ums Auto. Baulich getrennte Wege für Fuß- und Radverkehr, Zebrastreifen, Fahrradabstellplätze und „gezielte“ Tempobereicherungen. Weiter „optimierte“ Angebote von Bus und Bahn. Schulsanierungen sollen nicht mehr im laufenden Betrieb erfolgen. „Auf lange Sicht“ will die FDP ein neues Hallenbad.

Ein- und Mehrfamilienhäuser sollen in den bestehenden Siedlungsgebieten entstehen. Sozialwohnungsbau durch private Investoren soll ermöglicht werden. Geflüchtete sollen in städtischen Container-Notunterkünften unterkommen.

► **AfD:** Die AfD fordert „größtmögliche Haushaltsdisziplin“ der Stadt, um „schnellstmöglich“ einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Kein Geld für „sinnlose Ideologiekonstrukte“. Die AfD will mehr Bürgerbeteiligung – die, sich an den „lokalen Mehrheitsverhältnissen“ orientiert. Beim Verkehr sollen alle Verkehrsteilnehmer „gleich“ behandelt

werden, der Durchgangsschwerlastverkehr soll „raus aus Rösrath“. Es soll „kein weiteres Tempo 30“ auf Hauptstraßen geben. Verdopplung der maximalen Parkzeiten von einer auf zwei Stunden. Weniger Bürokratie beim Bauen, Zusammenarbeit mit „erfahrenen Wohnungsgenossenschaften“ beim sozialen Wohnungsbau. Rösrath soll „organisch wachsen“, für die Menschen in Rösrath soll es aber „genügend Wohnraum und funktionierende und kostengünstige Infrastruktur“ geben. Durch Bürokratieabbau, neue Gewerbeflächen sowie „moderate“ Grund- und Gewerbesteuer soll die Stadt für Unternehmen attraktiv sein. Sie soll Konzepte entwickeln, um Gastronomie und Einzelhandel „zukunftsicher“ zu machen.

Für „junge, alte und eingeschränkte Menschen“ soll es „mehr Raum und Angebote“ geben. Die Verwaltung soll verschlankt und „zielgerichtet“ digitalisiert werden. Für die Schulen fordert die AfD „ideologiefreien“ Unterricht und eine „ausreichend digitalisierte“ Ausstattung. In Kitas und offenem Ganztags sollen „genügend Plätze für alle berechtigten Kinder“ verfügbar sein, die Beiträge für die Betreuung sollen „möglichst gering“ sein. Um auf die „Massenzuwanderung“ und die damit entstandene Überlastung der Stadt zu reagieren, soll Rösrath die Bezahlkarte „schnellstmöglich“ einführen, diese sei „der einzige echte Hebel“.

► **ZLR:** Eine „Lebenswerte, soziale und nachhaltige Stadt“ fordert ZLR – für alle Generationen. ZLR will, „lebensdienliche Ortskerne und mehr Aufenthaltsgüte“, einen Stadtent-

wicklungsplan, der Wohnungsbau und Infrastruktur zu einem „Gesamtkonzept“ verbindet. Die Stadt soll „systematisch“ Flächen beschaffen, „gemeinwohlorientierte Bauleitpläne“ entwickeln sowie sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Sie soll mit Genossenschaften und gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften zusammenarbeiten sowie Fördermöglichkeiten des Landes NRW nutzen, um neue „bezahlbare“ Wohnungen zu schaffen. Die Bürgerbeteiligung will ZLR ausbauen – über „Bürgerforen und Bürgerräte“, aber auch digitale Formate.

Die Schulen in Rösrath will ZLR „konsequent modernisieren“, dabei aber „Bauen im laufenden Betrieb“ vermeiden. Bessere Digitalausstattung der Schulen, Umsetzung eines Konzepts „Sichere Schulwege“.

Migration sieht ZLR als „Chance“, trotz Herausforderungen. Die Zahl der zugewiesenen Flüchtlinge soll die Aufnahmefähigkeit der Kommune berücksichtigen, die Stadt soll „menschenswürdig“ Unterkünfte schaffen und „Sorgen“ der Bevölkerung ernst nehmen. Eine Stabsstelle in der Verwaltung soll dafür sorgen, Integration „aktiv zu gestalten“.

In Sachen Verkehr fordert ZLR generationengerechte, sichere und umweltverträgliche Mobilität. Auf allen Hauptverkehrsstraßen in den Ortskernen soll Tempo 30 gelten. Zudem setzt sich ZLR für mehr Zebrastreifen an wichtigen Querungen, verbesserte Fahrradinfrastruktur, Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos und Vermeidung von Schwerlastverkehr durch die Stadt ein.

► **Die Linke:** Die Themen „Wohnen, Bildung, Mobilität“ stellt die Linke in den Mittelpunkt. Sie will „frischen Wind“ in den Stadtrat bringen und versteht sie sich als „antifaschistische und antikapitalistische Bewegung“.

Die Linke will „kommunale Wohnungsbaugesellschaften“, die nicht profitorientiert arbeiten sollen, gründen. Bei der Vergabe kommunaler Grundstücke soll festgesetzt werden, dass „dauerhaft bezahlbarer Wohnraum“ geschaffen wird. Bei Neubauprojekten soll eine Quote von „mindestens 40 Prozent“ sozial geförderten Wohnungen gelten.

Beim Verkehr fordert die Linke mehr „Aufenthaltsqualität“ für den Fußverkehr, etwa auf einem Teil des Halbenhofs. Mehr Sicherheit durch geringeres Tempo von Autos und „bauliche Trennung“ von Radwegen. Für die Bahnlinie RB 25 will die Linke „zügig“ einen 20-Minuten-Takt. Ausbau von Busverkehr und Ladeinfrastruktur für E-Autos. „Sozial gerechter Klimaschutz“, alle Stadtratsbeschlüsse sollen auf soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz überprüft werden. „Alle Rösrather Häuser und Wohnungen“ sollen klimaneutral beheizt und mit erneuerbarem Strom versorgt werden: „bei stabilen bezahlbaren Preisen“.

Die Linke will, dass „Bildung und Betreuung für alle Kinder beitragsfrei“, hochwertig und barrierefrei zugänglich sind. Neben dem Neubau von Grundschulen will sie den offenen Ganztags ausbauen. Eine „Stadt für alle“: Räume für Kinder und Jugendliche, Teilhabe durch einen „Kultur-Pass“. Beratungsstellen für queere Menschen und Frauen stärken. Geflüchtete sollen „alle“ willkommen sein, die Stadt soll in ihre Integration und Bildung investieren. Für ein „gutes Leben im Alter für alle“ soll „die kommunale, ambulante Pflege ausgebaut werden“.

Beim Haushalt soll das Motto „Investieren statt stagnieren“ gelten. Durch Wohnraum für mehr Menschen sollen die Steuereinnahmen steigen. Über eine neue Grundsteuer C sollen unbebaute Grundstücke stärker belastet werden.

www.cdu-roesrath.de
www.gruene-roesrath.de
www.spd-roesrath.de
www.forspark.de
www.roesrath.freie-demokraten.de
www.facebook.com/afd.roesrath/videos/222717944787983
www.zusammen-leben-roesrath.de
www.dielinke-rbk.de/partei/vor-ort/